

## DER PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER LANDWIRTSCHAFT

Pressedienst Nr. 16208  
Dienstag, 18. Jänner 2022

EU-Agrarrat: Minister sollen verstärkt auf "Carbon Farming" setzen . . . . .	1
Schweinefleischmarkt: EU-Kommission geht von Stabilisierung aus . . . . .	3
Roberta Metsola zur neuen Präsidentin des Europäischen Parlaments gewählt . . . . .	3
Wintertagung 2022 des Ökosozialen Forums startet am 27. Jänner . . . . .	4
AMA erinnert an Aufzeichnungsverpflichtungen im ÖPUL . . . . .	5
Gahr: Österreich ist mit Agrarversicherungssystem international Vorreiter . . . . .	7
Drei bestätigte Vogelgrippe-Fälle in Kärnten . . . . .	8
Kartoffelmarkt: Gutes Angebot trifft auf stetige Inlandsnachfrage . . . . .	8
Ukraine: Über 40% Importanteil bei Käse . . . . .	9

**EINEN TEIL DER AUFLAGE FINANZIERT  
DIE NIEDERÖSTERREICHISCHE VERSICHERUNG**



Die Niederösterreichische  
Versicherung

## EU-Agrarrat: Minister sollen verstärkt auf "Carbon Farming" setzen

### Mitgliedstaaten fordern solides Zertifizierungssystem

Brüssel, 18. Jänner 2022 (aiz.info). - "Carbon Farming" hat Frankreich ganz nach oben auf das Programm seiner EU-Ratspräsidentschaft gerückt und deshalb gleich auf die Tagesordnung des jüngsten Treffens der EU-Landwirtschaftsminister gesetzt. Im März oder April 2022 strebt Frankreich Ratsschlussfolgerungen zum "Carbon Farming" an, in denen die EU-Mitgliedstaaten ihr Interesse an der neuen Sparte landwirtschaftlicher Aktivitäten bekunden werden. Das Thema sei von großer Dringlichkeit, betonte der französische EU-Ratspräsident **Julien Denormandie**. Auch auf dem informellen Ministertreffen vom 5. bis 7. Februar in Straßburg soll es deshalb um mögliche Karbonsenken im Agrarsektor gehen. Damit aus "Carbon Farming" etwas wird, muss ein robustes und transparentes System für handelbare Zertifikate entwickelt werden. Das will die EU-Kommission zum Jahresende liefern.

"Das ist eine riesige Chance für die Landwirtschaft und für den Klimaschutz", äußerte sich der deutsche Bundeslandwirtschaftsminister **Cem Özdemir** recht euphorisch. Dennoch müssten zuvor einige rechtliche und technische Fragen gelöst werden. So sei es ungewiss, wie stabil der Humus im Boden verbleibe. Auch dürfe die Karboneinlagerung durch Landwirte nicht doppelt gefördert werden, etwa durch die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) aus dem EU-Agrarhaushalt und gleichzeitig durch den Ankauf von Zertifikaten, gab Özdemir zu bedenken.

Der luxemburgische Landwirtschaftsminister **Claude Haagen** wies auf das Problem der Entlohnung von Landwirten hin, die bisher schon viel Kohlendioxid eingelagert haben und kaum weiteres im Boden binden können. Luxemburg mit einem hohen Anteil an Dauergrünland müsse dennoch vom "Carbon Farming" profitieren, erklärte Haagen. **Urmas Kruuse** aus Estland betonte, für die Landwirtschaft bleibe die Erzeugung von Nahrungsmitteln im Vordergrund. Das "Carbon Farming" dürfe das Angebot an Nahrungsmitteln nicht schmälern, machte der estnische Landwirtschaftsminister deutlich und wurde mit seinen Bedenken von zahlreichen anderen Ministern, vor allem aus osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, unterstützt.

EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** wies darauf hin, dass Böden mit einem hohen Humusgehalt gut für die Bodenfruchtbarkeit seien und deshalb die Erzeugung von Nahrungsmitteln und das "Carbon Farming" zusammenpassten. Er versicherte zudem, dass Landwirte, die bisher schon viel Kohlenstoff in ihren Böden einlagerten, ebenfalls entlohnt werden müssten. Der niederländische Landwirtschaftsminister **Henk Staghouwer** wies auf die hohen Kosten für Landwirte hin, die auf wiederbewässerten Moorflächen nur noch eingeschränkt wirtschaften könnten. Auch Belgien äußerte sich eher skeptisch. Die Landwirtschaft müsse ohnehin klimafreundlicher werden, erklärte der belgische Landwirtschaftsminister **David Clarinval**. Außerdem soll sie mehr Eiweißfutterpflanzen erzeugen und den Anteil der Bio-Landwirtschaft ausdehnen. Das alles müsse sinnvoll mit einem neuen System von "Carbon Farming" verknüpft werden, mahnte der belgische Minister an.

## Verbesserter Tierschutz

Uneins waren sich die EU-Mitgliedstaaten auch in Sachen Tierschutz. Während die Länder im Norden und Westen der EU einen besseren Tierschutz forderten, bremsten dagegen die Agrarminister aus dem Osten und Süden der Union. So forderte der niederländische Landwirtschaftsminister Staghouwer auf dem EU-Agrarrat, Ferntransporte von Lebewieh müssten verboten werden. Österreich regte Mindestanforderungen in der Putenhaltung in der EU an, für die es bisher noch keine Regelung gibt. Für strengere Anforderungen an Tiertransporte trat auch der deutsche Agrarminister Özdemir ein, der eine einheitliche Kennzeichnung in der EU für verschiedene Niveaus beim Tierschutz vorschlug. Auch die Minister von Irland und von Dänemark sprachen sich in der Debatte im EU-Agrarrat für einen besseren Tierschutz in der EU aus.

Die EU-Kommission arbeitet an einer neuen Gesetzgebung für den Tierschutz und für den Tiertransport. EU-Gesundheitskommissarin **Stella Kyriakides** muss sehr vorsichtig vorgehen, da die EU-Mitgliedstaaten in der Frage zutiefst gespalten sind. Es solle ein besseres Schutzniveau in der EU geben, betonte die Kommissarin im EU-Agrarrat. Aber die EU-Kommission werde ihren Vorschlag wissenschaftlich begründen und habe deshalb der Europäischen Lebensmittelbehörde (EFSA) schon verschiedene Studien in Auftrag gegeben. Außerdem werde die EU-Kommission eine umfangreiche Folgenabschätzung anfertigen, bevor sie ihren Vorschlag vorlege, beteuerte Kyriakides den skeptischen EU-Mitgliedstaaten.

Der Vorschlag für den Tiertransport müsse die besondere Lage einiger EU-Mitgliedstaaten berücksichtigen, stellte der rumänische Landwirtschaftsminister **Adrian-Ionut Chesnoiu** klar. Rumänien exportiert in größerem Maß Lebewieh in die Türkei und in den Nahen Osten. Spanien besteht auf eine genaue Folgenabschätzung und eine wissenschaftliche Grundlage, wenn es um verschärfte Tierschutzaufgaben geht. Auch Ungarn, Kroatien, Portugal und Lettland warnten vor dem erhöhten Aufwand für die Landwirte und Einbußen bei der Wettbewerbsfähigkeit. Zahlreiche östliche und südliche EU-Mitgliedstaaten forderten zumindest einen Ausgleich aus dem EU-Haushalt für strengere Tierschutzaufgaben.

## Strengere Anforderungen für Importe hinsichtlich Pflanzenschutz

Geht es nach dem französischen EU-Landwirtschaftsminister Denormandie sollen importierte Agrarerzeugnisse keine Rückstände von Pflanzenschutzmitteln enthalten, die in der EU verboten sind. Es sei immer weniger nachvollziehbar, dass Lebensmittel Spuren von Pflanzenschutzmitteln enthalten dürfen, die in der EU verboten seien, erklärte Denormandie auf dem Ministertreffen. Ende März wolle die EU-Kommission einen Vorschlag für einen nachhaltigen Einsatz von Pflanzenschutzmitteln vorlegen. Eine Angleichung der Produktionsstandards in der EU und in Drittländern sollte im Zusammenhang mit der Überarbeitung der EU-Richtlinie angestrebt werden, führte der französische Minister aus. Dazu gehört nach seiner Ansicht auch ein Rückstandswert von null für verbotene Wirkstoffe in Importerzeugnissen. Die Landwirte der EU müssten jedenfalls vor Wettbewerbsnachteilen durch die erhöhten Umweltauflagen durch die Farm to Fork-Strategie geschützt werden, begründete Denormandie seine Forderung. (Schluss) mö

## Schweinefleischmarkt: EU-Kommission geht von Stabilisierung aus

### Wojciechowski gegen die Öffnung der Privaten Lagerhaltung

Brüssel, 18. Jänner 2022 (aiz.info). - Bei der Sitzung des EU-Agrarministerrats stand gestern auch die anhaltend schwierige Situation auf dem europäischen Schweinefleischmarkt auf der Tagesordnung. Die tschechische Delegation wies auf das niedrige Preisniveau sowie auf die gleichzeitig deutlich gestiegenen Produktionskosten hin und forderte gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten Maßnahmen zur Marktstabilisierung. Die EU-Kommission sieht hingegen die Talsohle bei den Erzeugerpreisen durchschritten und spricht sich gegen die Öffnung der Privaten Lagerhaltung aus.

Die Ferkelpreise hätten sich zwar etwas erholt, aber die Preise für Schweinefleisch ließen weiterhin zu wünschen übrig und könnten nach dem ersten Fall der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Italien auch schnell wieder fallen, stellte der französische EU-Agrarratspräsident **Julien Denormandie** auf dem Ministertreffen fest. Tschechien und andere EU-Mitgliedstaaten sehen deshalb weiterhin die Notwendigkeit der Marktintervention, etwa über die Öffnung der geförderten Privaten Lagerhaltung (PLH). Der deutsche Landwirtschaftsminister **Cem Özdemir** sieht nationale Beihilfen als geeignetes Instrument, um den Schweinefleischerzeugern zu helfen.

Die EU-Kommission kündigte an, im Sonderausschuss für Landwirtschaft mit den Mitgliedstaaten über die verschiedenen Hilfsmöglichkeiten zu sprechen. Die Private Lagerhaltung habe negative Folgen und verzögere den Abbau der Überschüsse nur, hatte EU-Agrarkommissar **Janusz Wojciechowski** schon im Vorfeld des Agrarrates gewarnt. Er geht von einer fortlaufenden Stabilisierung der Preise aus, die auch im Jänner, entgegen dem sonst üblichen saisonalen Verlauf, nicht wieder gefallen seien. Auch der ASP-Fall in Italien werde den Trend hoffentlich nicht umkehren. Schließlich liefere Italien Schweinefleisch hauptsächlich in andere EU-Mitgliedstaaten und habe kaum vom Exportventil Gebrauch gemacht, argumentierte Wojciechowski. (Schluss) mö

## Roberta Metsola zur neuen Präsidentin des Europäischen Parlaments gewählt

### Großer Rückhalt für die neue Spitze

Straßburg, 18. Jänner 2022 (aiz.info). - Die Europaabgeordnete **Roberta Metsola** aus Malta wurde zur neuen Präsidentin des Europäischen Parlaments gewählt und tritt damit die Nachfolge von David Sassoli an. Die Europaabgeordneten in Straßburg wählten Metsola im ersten Wahlgang mit 458 von 616 abgegebenen gültigen Stimmen an ihre Spitze. Metsola ist mit 43 Jahren die jüngste Präsidentin des Europäischen Parlaments und die dritte Frau an deren Spitze. Sie setzte sich gegen Bewerberinnen aus zwei anderen Fraktionen durch. Die Linke hatte die Spanierin Sira Rego ins Rennen geschickt und die Grünen die Schwedin Alice Bah Kuhnke. Unterstützt wurde Metsola von den Sozialdemokraten und den Liberalen, die keine eigenen Kandidaten aufgestellt hatten.

"In den nächsten Jahren werden die Menschen in ganz Europa von unserer Institution Führung und Orientierung erwarten, während andere weiterhin unsere demokratischen Werte und europäischen Grundsätze herausfordern werden. Wir müssen uns gegen das Anti-EU-Narrativ wehren, das sich so

leicht und so schnell durchsetzt. Desinformationen und Fehlinformationen, die durch die Pandemie noch gesteigert werden, verstärken leichtfertigen Zynismus und den Glauben an einfache Antworten wie Nationalismus, Autoritarismus, Protektionismus und Isolationismus", erklärte Metsola unmittelbar nach der Wahl.

Metsola, die Europäisches Recht studiert hat, sitzt seit 2013 im EU-Parlament, seit November 2020 war sie dessen erste Vizepräsidentin. Einen Namen machte sie sich als Verfechterin des Rechtsstaates und als Kämpferin gegen Korruption. Sie ist mit einem Finnen verheiratet und hat vier Söhne. (Schluss) mö

## **Wintertagung 2022 des Ökosozialen Forums startet am 27. Jänner**

Spannungsfeld zwischen globalen Märkten und regionaler Versorgung im Fokus

Wien, 18. Jänner 2022 (aiz.info). - Unter dem Motto "Zukunft dank Herkunft? - Im Spannungsfeld zwischen globalen Märkten und regionaler Versorgung" findet von 27. Jänner bis 3. Februar 2022 die traditionelle Wintertagung des Ökosozialen Forums statt. Bei dieser größten agrarischen Informationsveranstaltung in Österreich werden die Herausforderungen und Perspektiven für die Landwirtschaft thematisiert. Rund 130 renommierte Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland erörtern, was Handelsabkommen, GAP-Reform, Green Deal und Co. für die Produktivität in den unterschiedlichen landwirtschaftlichen Branchen bedeuten. Auch die Wünsche und das tatsächliche Einkaufsverhalten der Konsumenten werden einer Analyse unterzogen, und es wird gefragt, ob die Pandemie die Nachfrage nach regionalen Produkten weiter antreibt oder ob das Preisargument künftig wieder an erster Stelle steht.

### **Anmeldung erforderlich**

Aufgrund der anhaltenden Pandemie-Situation hat sich das Ökosoziale Forum dazu entschlossen, die Wintertagung 2022 als reine Online-Veranstaltung abzuhalten. Eine Anmeldung für die Fachtags-Live-Webinare und den Zugriff auf die Wintertagungs-Mediathek ist unbedingt vorab erforderlich, und zwar unter [www.wintertagung.at](http://www.wintertagung.at).

Die Wintertagung wird am Donnerstag, 27. Jänner, mit dem Fachtag Agrarpolitik eröffnet, das Live-Webinar dauert von 10 bis 14.50 Uhr. Am Freitag, 28. Jänner, folgt der Fachtag Landtechnik, am Montag, 31. Jänner, wird die Tagung mit den beiden Themenbereichen Berg und Wirtschaft sowie Kommunikation fortgesetzt.

Am Dienstag, 1. Februar, stehen drei Fachtage, nämlich der Ackerbau, der Gemüse-, Obst- und Gartenbau sowie die Geflügelhaltung, auf dem Programm. Am Mittwoch, 2. Februar, werden die Bereiche Weinwirtschaft, Schweinehaltung und Bildung von den Experten behandelt. Den Abschluss der Wintertagung bildet am Donnerstag, 3. Februar, der traditionelle Fachtag Grünland- und Viehwirtschaft.

Die zusätzlichen Online-Vorträge in der Wintertagungs-Mediathek stehen bereits kurz vor und auch nach der Wintertagung zum Abruf bereit. Die aktuellsten Programme, Infos zu den Teilnahmekosten und weitere Details können Interessierte unter [www.wintertagung.at](http://www.wintertagung.at) abrufen. (Schluss)

## **AMA erinnert an Aufzeichnungsverpflichtungen im ÖPUL**

Vorgaben gelten auch im Verlängerungsjahr 2022

Wien, 18. Jänner 2022 (aiz.info). - Die Aufzeichnungsverpflichtungen für das ÖPUL sind in der Sonderrichtlinie ÖPUL 2015 geregelt und gelten im Verlängerungsjahr 2022 bei Teilnahme an bestimmten Maßnahmen unverändert weiter, informiert die Agrarmarkt Austria (AMA). Insbesondere Betriebe, welche neu in die Maßnahme "Bodennahe Ausbringung flüssiger Wirtschaftsdünger und Biogasgülle" eingestiegen sind, müssen die diesbezügliche Aufzeichnungsverpflichtung ab 2022 beachten. Die Aufzeichnungen müssen bei Vor-Ort-Kontrollen gemäß den rechtlichen Rahmenbedingungen auf ihre Richtigkeit und Vollständigkeit überprüft werden. Die Führung von Aufzeichnungen, die je nach ÖPUL-Maßnahme täglich zu aktualisieren sind, ist eine wichtige Voraussetzung, um die Prämien in voller Höhe zu erhalten. Ebenso sind je nach Betriebsart und -größe Dokumentationen im Rahmen der Cross-Compliance-Verpflichtungen erforderlich.

### **Aufzeichnungsverpflichtungen gemäß den ÖPUL-Mindestanforderungen**

Im ÖPUL sind für die Ausbringung von Düngemitteln Aufzeichnungen vorgeschrieben. Diese Mindestanforderung ist nahezu bei sämtlichen flächenbezogenen ÖPUL-Maßnahmen zu erfüllen, bei denen Düngemittel zum Einsatz gelangen. Es sind die betriebs- beziehungsweise kulturartenbezogenen Aufzeichnungen über die Stickstoffdüngung laut der Nitrat-Aktionsprogramm-Verordnung zu erstellen (Stickstoff-Bilanz). Weiters müssen zusätzliche Phosphordünger aus Handelsdünger über 100 kg/ha P<sub>2</sub>O<sub>5</sub> dokumentiert und begründet werden. Die relevanten Aufzeichnungsanforderungen gemäß den ÖPUL-Mindestanforderungen sind unter anderem im Maßnahmenerläuterungsblatt "Allgemeine Teilnahmebedingungen", welches unter [www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter](http://www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter) einsehbar ist, näher beschrieben.

### **Maßnahmenspezifische Aufzeichnungen**

Nachfolgend werden überblicksmäßig die Aufzeichnungsverpflichtungen bei einzelnen ÖPUL-Maßnahmen aufgelistet. Die detaillierten Anforderungen zu den Aufzeichnungsverpflichtungen können den jeweiligen ÖPUL-Maßnahmenerläuterungsblättern unter [www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter](http://www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter) beziehungsweise betriebsbezogen unter [www.eama.at](http://www.eama.at) entnommen werden.

### **Anbau seltener landwirtschaftlicher Kulturpflanzen: Dokumentation von Sorte und Saatgutmenge**

Begrünung von Ackerflächen - System Immergrün: Schlagbezogene Aufzeichnungen über folgende Termine: Ernte der Hauptfrucht, Anlage und Umbruch der Zwischenfrucht (Begrünung) und Anlage der Nachfolge-Hauptfrucht.

Bodennahe Ausbringung flüssiger Wirtschaftsdünger und Biogasgülle: Schlagbezogene Aufzeichnungen über gedüngte Flächen in Bezug auf Art, Menge und Zeitpunkt der Ausbringung von flüssigem Wirtschaftsdünger und Biogasgülle; Dokumentation der Abgabe sowie des Zukaufs von Dritten.

Erosionsschutz Obst, Wein, Hopfen: Aufzeichnungen über Betrieb, Feldstücksnummer und -bezeichnung, Schlaggröße, Datum der Rodung beziehungsweise Neuauspflanzung der Dauerkultur, Datum der Anlage und des Umbruchs der Begrünung oder der Bodengesundung.

Einsatz von Nützlingen im geschützten Anbau: Schlagbezogene Aufzeichnungen über Art und Menge der eingesetzten Nützlinge, Grund, Ziel und Datum des Einsatzes sowie die Entwicklung der Nützlinge.

Vorbeugender Grundwasserschutz auf Ackerflächen: Für Ackerflächen im Projektgebiet bezüglich Stickstoff-Düngung: Schlagbezogene Düngeplanung, laufende Dokumentation der Düngung, schlagbezogene Düngebilanz sowie betriebliche Nährstoffbilanz.

Vorbeugender Grundwasserschutz auf Grünlandflächen in Salzburg: Für Grünlandflächen innerhalb der Gebietskulisse bezüglich Stickstoff-Düngung: Laufende schlagbezogene Aufzeichnungen, betriebliche Nährstoffbilanz.

Naturschutz: Schlagbezogene Aufzeichnungen bei verpflichtender Beweidung bezüglich Dauer der Beweidung, Anzahl der Tiere und Angabe der Tierart (Weidetagebuch); Monitoringaufzeichnungen.

Ergebnisorientierter Naturschutzplan: Schlagbezogene Aufzeichnungen, Dokumentation im Fahrtenbuch.

Naturschutzfachlich wertvolle Pflegeflächen: Schlagbezogene Aufzeichnungen bei verpflichtender Beweidung bezüglich Dauer der Beweidung, Anzahl der Tiere und Angabe der Tierart (Weidetagebuch); Monitoringaufzeichnungen.

Biologische Wirtschaftsweise: Dokumentationsverpflichtungen gemäß der Bio-Verordnung, wie zum Beispiel Aufzeichnungen über Ursprung, Art, Menge und Verwendung aller Betriebsmittel, Weideaufzeichnungen, Aufzeichnungen über Arzneimitteleinsatz in der Tierhaltung etc.

Tierschutz - Weide: Dokumentation über die Weidehaltung der jeweiligen Tierkategorien bezüglich Zeiträume, Weideort sowie der tageweisen Hinderungs- und Unterbrechungsgründe (Weideblatt).

Tierschutz - Stallhaltung: Anfertigung einer Stallskizze sowie eines Belegungsplanes (max. mögliche Belegung) für die jeweiligen Stallabteile.

Wasserrahmenrichtlinie - Landwirtschaft: Dokumentation im Betriebsbuch gemäß Grundwasserschutzprogramm Graz bis Bad Radkersburg.

### **In welcher Form sind diese Aufzeichnungen zu führen?**

Für die erforderlichen Aufzeichnungen gibt es keine Formvorschriften. Aufzeichnungsvorlagen für einzelne ÖPUL-Maßnahmen stehen unter anderem online unter [www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter](http://www.ama.at/Fachliche-Informationen/Oepul/Formulare-Merkblaetter) beziehungsweise betriebsbezogen unter [www.eama.at](http://www.eama.at) zur Verfügung. Auch andere Aufzeichnungen werden anerkannt, sofern diese die notwendigen Angaben enthalten. Die erforderlichen Aufzeichnungen können zum Beispiel auch über EDV-Aufzeichnungsprogramme durchgeführt und am Betrieb ausgedruckt werden.

## Aufbewahrungspflichten von ÖPUL-Unterlagen

Laut der Sonderrichtlinie ÖPUL 2015 sind generell sämtliche Unterlagen, welche die Förderung betreffen, sicher und überprüfbar am Betrieb aufzubewahren. Bei elektronisch geführten Aufzeichnungen wird empfohlen, diese in regelmäßigen Abständen auszudrucken. Die Aufbewahrungspflicht gilt für sämtliche im ÖPUL erforderliche Aufzeichnungen, aber auch für Rechnungen und andere Belege des Betriebes. Diese beträgt zehn Jahre gerechnet ab Ende des Förderungsjahres, jedoch mindestens bis 31. Dezember 2026, erklärt die AMA. (Schluss)

## Gahr: Österreich ist mit Agrarversicherungssystem international Vorreiter

Rechnungshofausschuss diskutiert Risikomanagement in der Landwirtschaft

Wien, 18. Jänner 2022 (aiz.info). - "Österreich hat mit der Hagelversicherung ein attraktives und hervorragend funktionierendes Agrarversicherungs- und Risikosystem aufgebaut, mit dem wir international eine Vorreiterrolle einnehmen", sagte ÖVP-Nationalrat **Hermann Gahr** anlässlich der Sitzung des Rechnungshofausschusses, auf dessen Tagesordnung auch das öffentliche Risikomanagement in der Landwirtschaft stand. "Die Hagelversicherung wird nicht nur mit Versicherungsprämien, sondern auch mit öffentlichen Geldern gestützt. Das ist gut und richtig so, denn damit kann das Risiko in der Landwirtschaft überschaubar bleiben", lobte Gahr in diesem Zusammenhang den Einsatz der zuständigen Ressortministerin Elisabeth Köstinger, die auch im Ausschuss anwesend war.

"Gerade das Jahr 2021 war von zahlreichen Schadereignissen auf landwirtschaftlichen Flächen geprägt. Das betrifft nicht nur Wetter- und Klimaereignisse und Naturkatastrophen, sondern auch Tierseuchen und Tierkrankheiten, die unsere Betriebe vor viele Herausforderungen stellen. Die Bundesregierung nimmt seit Längerem erhebliche Mittel in die Hand, um den Bäuerinnen und Bauern einen Anreiz für die eigenständige Risikovorsorge zu geben", betonte Gahr auch in seiner Funktion als VP-Rechnungshofsprecher.

"Es ist eine der Aufgaben des Staates, dass wir uns in Österreich möglichst umfangreich mit selbst produzierten Lebensmitteln versorgen können. Das ist auch ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der Klimaziele. Dazu trägt ein gutes, flächendeckendes Versicherungssystem in der Landwirtschaft bei", unterstrich Gahr. Wichtig sei auch, dass es weiterhin eine möglichst unbürokratische Abwicklung bei den Entschädigungszahlungen gebe. (Schluss)



## Drei bestätigte Vogelgrippe-Fälle in Kärnten

Fundort liegt im bereits verordneten Risikogebiet

Klagenfurt, 18. Jänner 2022 (aiz.info). - Nach Fällen in Niederösterreich, Wien und der Steiermark hat sich nun auch in Kärnten der erste Verdacht auf Vogelgrippe bei verendeten Wildvögeln bestätigt. Am Wochenende wurden drei tote Schwäne in der Drau im Gemeindegebiet von Ebenthal aufgefunden, am Montag wurde von der AGES das Ergebnis der Untersuchungen bekannt gegeben: Es handelt sich um eine Infektion mit dem Geflügelpest-Virus H5N1. Der Fundort liegt innerhalb der bereits seit Ende November verordneten Risikogebiete - in Kärnten sind das 64 Gemeinden inklusive der Statutarstädte Klagenfurt und Villach.

### Geflügelbetriebe müssen dringend Schutzmaßnahmen einhalten

"Es ergeht jetzt der dringende Appell an Geflügelhalter im Risikogebiet, die damit verbundenen Sicherheitsmaßnahmen - Stallhaltepflcht ab 350 Stück Geflügel, Überdachung von Wasser- und Futterstellen, Zäunungen etc. - streng einzuhalten und vor allem jeglichen Kontakt der Geflügelbestände mit Wildvögeln zu unterbinden", betont Agrar-Landesrat **Martin Gruber**. "Es zeigt sich, dass es richtig war, schon im November in einem relativ großen Gebiet präventive Maßnahmen zu setzen. Oberstes Ziel muss es sein, ein Übergreifen auf unsere Geflügelbetriebe zu verhindern", so Gruber.

Geflügelhalter sollten alle Stallungen und Gehege, in denen Geflügel gehalten wird, nur nach gründlicher Reinigung und Desinfektion des Schuhwerks beziehungsweise mit ausschließlich dort verwendeter Schutzkleidung und Überschuhen betreten. Verendet aufgefundene Wasser- und Raubvögel müssen der zuständigen Bezirksverwaltungsbehörde (Amtstierarzt) gemeldet werden. Solche Tiere sollen nicht berührt und am Fundort belassen werden, Bergung und weitere Untersuchungen werden von der Behörde veranlasst. (Schluss)

## Kartoffelmarkt: Gutes Angebot trifft auf stetige Inlandsnachfrage

Erzeugerpreise weiter unverändert - Vorräte überschaubar

Wien, 18. Jänner 2022 (aiz.info). - Am österreichischen Speisekartoffelmarkt herrschen unverändert stabile Verhältnisse. Die Landwirte versorgen die Händler weiterhin bedarfsgerecht. Somit steht eine gute Angebotslage einer saisonbedingt ruhigen, aber stetigen Inlandsnachfrage gegenüber. Im Export gab es zuletzt wieder mehr Anfragen, preislich stößt man aber hier an Grenzen. Unklar bleibt, wie viel Ware noch in den österreichischen Lagern liegt und wie es mit den Erzeugerpreisen weitergeht, teilt die Interessengemeinschaft Erdäpfelbau mit.

Angesichts der steigenden qualitätsbedingten Aussortierungen und des stetigen Inlandsgeschäfts dürften die Vorräte heuer überschaubar sein. Vor allem Top-Qualitäten könnten in der laufenden Saison noch entsprechend gefragt sein. Durch die hohen Aussortierungen und die steigenden Kosten in der Lagerhaltung wurden zuletzt die Rufe nach baldigen Preiserhöhungen, sowohl bei den Landwirten als auch bei den Packbetrieben, lauter. Vorerst gibt es noch keine Änderung bei den Erzeugerpreisen. In Niederösterreich wurden Speisekartoffeln zu Wochenbeginn weiterhin meist um

18 bis 20 Euro/100 kg übernommen. Für Partien mit überdurchschnittlich hohen Absortierungen liegen die Preise darunter. Für drahtwurmfreie, kleinpackungsfähige Premiumware mit AMA-Gütesiegel sind bis zu 22 Euro/100 kg zu erzielen. Aus Oberösterreich wurden unveränderte Preise von bis zu 25 Euro/100 kg genannt.

Der deutsche Speisekartoffelmarkt präsentierte sich zuletzt ebenfalls nahezu unverändert. Die Nachfrage im Lebensmitteleinzelhandel war stetig und konnte von dem zur Verfügung stehenden Angebot gut abgedeckt werden. Der Absatz über die Gastronomie und die Tourismuswirtschaft leidet weiterhin unter den Corona-Maßnahmen. Es bleibt nun abzuwarten, wie sich der Verkauf in den nächsten Wochen entwickelt. Demgegenüber steht jedoch ein Angebot, das durch hohe Absortierungen geprägt ist. Daher besteht durchaus die Hoffnung, dass in den kommenden Wochen doch noch Lagerzuschläge für Ware aus gekühlten Kistenlagern bezahlt werden. Bei den Erzeugerpreisen gab es in der letzten Woche keine Änderung. Zu Wochenbeginn wurden im Bundesdurchschnitt für Speiseware weiterhin meist 16 bis 18 Euro/100 kg erzielt. (Schluss)

## **Ukraine: Über 40% Importanteil bei Käse**

EU-Länder sind größte Lieferanten

Kiew, 18. Jänner 2022 (aiz.info). - Die Ukraine hat 2021 rund 42.000 t Labkäse eingeführt, was 17% mehr waren als im Jahr davor, berichtet der nationale Brancheninformationsdienst Infagro. Damit machten die Importe schon 42% des gesamten Absatzes von Käse am ukrainischen Markt aus. Zum größten Teil wurde dieser aus den EU-Ländern bezogen, davon 36% aus Polen, 16% aus den Niederlanden, 15% aus Frankreich sowie 9% aus Deutschland. Experten von Infagro schließen nicht aus, dass bei fortschreitender ungünstiger Tendenz für inländische Molkereien bis zum Ende des laufenden Jahres die Hälfte des in der Ukraine konsumierten Käses aus Importen stammen werde. Die Wahrscheinlichkeit dafür sei real, da die Einfuhren trotz gestiegener Preise aktuell keinen Rückgang aufwiesen. (Schluss) pom